



Protokoll der MV vom 03. November 2021

Ort und Zeit:	Flörli Olten, Salon; 19:45 Uhr.
Anwesende:	Laura Gantenbein, Barbara Wyss Flück, Marlene Fischer, Lea Begué, Felix Wettstein, Rolf Schnyder, Andreas Burki, Alexandra Rohn, Anna Engeler (online), Felix Lang (online), Daniel Meier (online), Yael Schindler Wildhaber, Murat Öztürk, Thomas Kaegi, Flavia Sturgess, Noemi von Känel, Daniele Röthenmund, Raphael Schär-Sommer, Marlene Fischer, Marianne Urben, Barbara Wyss Flück, Siv Lehmann, Manuela Höfler, Gian Baumann, Florian Lüthi (Protokoll).
Medien:	Raphael Karpf, Solothurner Zeitung
Entschuldigt:	Simone Wyss, Remo Meister, Myriam Frey-Schär, Eric Send, Verena Gügi, Ramon Glatz, Claudia Stephani, Janine Eggs, Robert Amiet, Katharina Simonet, Doris Engeler, Brigit Wyss, Christof Schauwecker, Daniel Urech.

1. Begrüssung, Anwesenheit, Traktanden

Begrüssung: Laura Gantenbein freut sich in ihrer Begrüssung, dass wir nach der letzten Onlineversammlung endlich wieder physisch zusammenkommen können. Es stehen angeregte Debatten zu den Parolenfassungen an, weshalb wir rasch beginnen. Es sind 25 Mitglieder anwesend. Laura begrüsst auch Herrn Karpf von der Solothurner Zeitung.

://: Als Stimmenzählerin wird einstimmig gewählt: Alexandra Rohn.

://: Die Traktanden werden einstimmig genehmigt.

2. Protokoll

://: Das Protokoll der MV vom 31. März 2021 wird einstimmig genehmigt.

://: Flavia Sturgess wird einstimmig als Genderprotokollantin gewählt.

3. Parolenfassung Pflegeinitiative: Lea Begué

Heinz Flück erklärt das Prozedere zur Parolenfassung. Am Ende der Präsentation gibt es jeweils Raum für Fragen und eine Diskussion. Dann wird über den Parolantrag des Vorstands abgestimmt. Anderslautende Anträge durch Mitglieder können gestellt werden.

Lea Begué (Junge Grüne Olten) stellt die Pflegeinitiative vor:

- Durch neue Krankheiten werde die Pflege immer intensiver. Gleichzeitig seien sehr viele Pflegestellen unbesetzt und es gebe eine hohe Quote an Berufsaussteiger*innen. Stress und Überlastung seien allgegenwärtig im Pflegeberuf. Das habe einen direkten Einfluss auf die Sterblichkeitsrate in Spitälern.
- Aus eigener Erfahrung berichtet sie, dass viele Arbeitskolleg*innen nicht 100% arbeiten, weil so die Belastung zu gross wäre. Damit einher gehe aber ein unfreiwillig tieferes Einkommen, was zu prekären Lagen führen könne.

- Die Initiative habe grosse Vorteile gegenüber dem Gegenvorschlag des Parlaments. Vor allem beinhalte die Initiative eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Pflegequalität sowie der Patient*innensicherheit, während der Gegenvorschlag vor allem eine Ausbildungsoffensive vorsehe.

Frage aus dem Publikum: Wie kann man Personen, die noch unentschlossen sind, für ein JA motivieren?

LB: Die Verbesserung der Berufsbedingungen um die Pflegenden im Beruf zu behalten ist zentral und ist nur in der Initiative enthalten.

Daniele Röthenmund: Gilt die Initiative auch für Pflegende in Altersheimen?

LB: Ja, auch für Altersheime und die Spitex.

*://: Die Mitglieder fassen die JA-Parole zur Pflegeinitiative einstimmig mit **25 JA** zu **0 NEIN**-Stimmen.*

4. Parolenfassung Justizinitiative: Marlene Fischer

Marlene Fischer stellt die Justizinitiative vor:

Heute schlage eine parlamentarische Gerichtskommission die Richter*innen der Bundesversammlung zur Wahl vor. Dabei achte sie auf Parteien-, Geschlechter- Sprachen- und Regionenproporz. Die Initiative wolle nun eine Fachkommission einsetzen, die geeignete Kandidierende als Bundesrichter*innen vorschlage. Aus diesen würden die Richter*innen ausgelost. Es gäbe keine Wiederwahl mehr, sondern die Amtsdauer betrage das ordentliche Pensionsalter plus fünf Jahre. Ausnahme wäre ein Amtsenthebungsverfahren.

Das Initiativkomitee bemängelt an der aktuellen Situation die Benachteiligung von parteilosen Richter*innen, die Parteienbindung der Richter*innen und die damit verbundenen Geldflüsse. Sie hielten das Losverfahren für geeignet, die Politik von der Justiz zu trennen.

Die GRÜNEN CH würden anerkennen, dass das aktuelle System nicht perfekt sei. Allerdings seien die aktuellen Richter*innen demokratisch legitimiert und gemäss einer breiten Zusammensetzung gewählt. Eine einseitige Übervertretung durch Zufall im Losverfahren sei aktuell nicht möglich. Die Parteizugehörigkeit definiere nicht eine Werthaltung, sondern mache sie im Gegenteil transparent. Die Finanzierung der Parteien hänge ausserdem wesentlich von den Mandatsabgaben der Richter*innen ab. Bis die Transparenz über die Parteienfinanzierung nicht gegeben sei, bräuchten die Parteien dieses Geld.

DR: Will wissen, wer die Initiant*innen der Initiative sind.

MF: Adrian Gasser, ein Milliardär, habe die Initiative fast alleine gestemmt.

Anna Engeler: Fragt, wer die Zusammensetzung der Fachkommission bestimme, die die Kandidat*innen wählt.

MF: Der Bundesrat, was wiederum das Argument untergrabe, dass die Fachkommission nicht politisch sein solle.

Heinz Flück: Weist darauf hin, dass es andere Möglichkeiten gebe, das aktuelle System zu verbessern, z.B. mit einem Wegfall der Wiederwahl von Bundesrichter*innen zusammen mit einer längeren Amtsperiode.

*://: Die Mitglieder stimmen dem Antrag des Vorstands für eine NEIN-Parole zur Justizinitiative mit **23 JA** zu **1 NEIN**-Stimme bei **1 Enthaltung**¹ zu.*

¹ Verständlicher formuliert aufgrund korrigierender Rückmeldung an der Vorstandssitzung vom 27. Januar 2022.

5. Parolenfassung Covid-19 Referendum: NR Felix Wettstein

Nationalrat Felix Wettstein stellt das Covid-19-Gesetz vor:

Es gehe bei dem Gesetz vor allem um Wirtschaftshilfen. Dank des Gesetzes sei geregelt worden: der Schutzschirm für Publikumsanlässe, eine faire Abgeltung von Kindertagesstätten und die Unterstützungen für den Kulturbereich. Ausserdem könne sich der Bund durch das Gesetz an den Testkosten beteiligen sowie die Herstellung von Arzneimitteln im Inland fördern. Der kontroverseste Punkt sei: Es wurden mit dem Gesetz die Bedingungen geschaffen für das Einrichten des Zertifikats.

Nicht im Gesetz stehe, wann, wie lange und in welchen Lebenslagen das Zertifikat eingesetzt werden solle. Also habe das Gesetz nicht direkt einen Einfluss auf die Zertifikatspflicht z.B. im Restaurant. Wann und wie es Schliessungen, Lockdowns etc. geben solle, stehe im Epidemiengesetz, das 2013 verabschiedet wurde.

Der Bundesrat handle nicht eigenmächtig, alles habe den regulären Gesetzesweg genommen. Mehr noch: für nötige Änderungen der angewandten Praxis müsse der Bundesrat neu immer auch die Kantone und Interessensgruppen konsultieren.

Ohne das Zertifikat gäbe es nach wie vor eine Quarantänepflicht für Erkrankte und deren Kontaktpersonen. Ausserdem seien Veranstaltungen wieder möglich geworden sowie Vollbelegungen in geschlossenen Räumen. Nicht zu vergessen seien der wieder mögliche Präsenzunterricht in Hochschulen!

Die Gegner*innen des Gesetzes glaubten, dass es nach einem NEIN keine Einschränkungen mehr gebe. Aber auch nach einem NEIN gebe es das Virus noch. Daher würden die Behörden reagieren müssen aufgrund des Epidemiengesetzes und wieder Maskenpflicht, Abstände etc. einführen. Das bedeute auch wieder ökonomische Ausfälle, diesmal jedoch ohne finanzielle Unterstützung. Auslandsreisen wären zudem sehr erschwert, wenn kein Zertifikat mehr eingesetzt werden dürfe.

Die Dringlichkeit des Gesetzes gelte ein Jahr, bei einem NEIN wäre das Gesetz also erst am 22.03.22 Geschichte.

Felix Lang: Die GRÜNEN seien nicht technologiefeindlich, aber kritisch gegenüber Dingen, die der Natur und uns auf lange Frist schaden könnten. Es heisse, über die Impfung gebe es wissenschaftlichen Konsens. Doch damals hätte es auch wissenschaftlichen Konsens über die angebliche Unschädlichkeit von Atomstrom, Chloroethanol, Gentechnik etc. gegeben.

FW: Ein JA zur Gesetzesrevision und ein JA zum Impfen hätten nichts miteinander zu tun. Ein Zertifikat bekomme auch, wer nicht geimpft sei.

AE: Erklärt, dass sie das Gesetz ablehnen und den Antrag von Felix Lang unterstützen werde. Die Verhältnismässigkeit und das Diskriminierungsverbot würden massiv missachtet. Neuansteckungen fänden vor allem bei jungen Menschen statt, wo die Hospitalisierungsrate niedriger sei. Es gebe einen direkten Druck, sich zu impfen, indem ein Test nicht mehr kostenlos sei. Das solle nicht gesetzlich verankert werden!

Antrag FL: Stimmfreigabe.

Ordnungsantrag FL: Über die Stimmfreigabe zuerst abstimmen.

://: einstimmig beschlossen.

*://: Die Mitglieder lehnen den Antrag auf Stimmfreigabe mit **23 NEIN** zu **2 JA-Stimmen** ab.*

*://: Die Mitglieder stimmen dem Antrag des Vorstands zu und fassen damit die JA-Parole zum Covid-19-Gesetz mit **23 JA** zu **2 NEIN-Stimmen**.*

Laura Gantenbein dankt allen Referent*innen herzlich für ihren Einsatz und Heinz Flück für die Moderation mit einem kleinen Geschenk von der Marktecke Olten in von Iris Schelbert genähten Veggiebags aus alten Kampagnenfahnen.

6. Genderprotokoll

Flavia Sturgess informiert über das Resultat:

Redezeit aus Wortmeldungen

Männer:	22 Minuten
Frauen:	6 Minuten

7. Varia

Laura Gantenbein verabschiedet Manuela Höfler aus dem Vorstand. Sie dankt für das Engagement und ihre grosse Arbeit im Vorstand, der die Partei positiv weiterbrachte. Manuela Höfler bleibt den GRÜNEN weiterhin erhalten als Gemeindeparlamentarierin in Olten.

LG weist auf das aufliegende Unterschriftsmaterial hin:

- Frontex Referendum
- Stop F-35 Initiative
- Umweltverantwortungsinitiative

Veranstaltungshinweis: Stammtisch am 24.11.2021 um 19:30 Uhr in Derendingen im Restaurant Widder. Auch im nächsten Jahr wird es wieder Stammtische der GRÜNEN SO geben.

Für die Weiterführung solcher Projekte braucht es mehr Personen im Vorstand. LG ruft dazu auf, sich bei Interesse an einer Mitarbeit im Vorstand zu melden.

Daniele Röthenmund: Wünscht sich mehr Kandidaturen der GRÜNEN bei Wahlen im Niederamt. Dafür sieht er Stammtische im Niederamt als geeignete Fördermassnahme und formuliert das Ziel, dass in 8 Jahren in jeder Gemeinde des Niederamts mindestens eine Person der GRÜNEN für den GR antrete.

LG bedankt sich für das Votum und unterstützt das Anliegen sehr.

HF bekräftigt das Anliegen ebenfalls und betont die Wichtigkeit solcher Anlässe für die Kandidierendensuche bei den nächsten Wahlen.

Die Präsidentin bedankt sich bei den Anwesenden für die Teilnahme und lädt zum anschließenden Apéro.

Die Mitgliederversammlung wird um 21:33 Uhr geschlossen.

Für das Protokoll: Florian Lüthi, 03.11.2021